

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1924

34 (19.5.1924)

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Wöchentliche Beilagen: Mode u. Heim • Der Kolob • Neue Illustrierte

Anzeigen-Preise:

Anzeigen: Die 42 mm breite Millimeter-Zeile 8 Goldspg.
Familien-Anzeigen 5 Goldspg.
Reklamen: Die 87 mm breite Millimeter-Zeile 24 Goldspg.
Grundschrift im Anzeigen- und Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum aber bei gerichtlicher Forderung und bei Konkurs erlischt.
Vorgeschrieben werden nicht anerkannt und für Aufnahmen an bestimmten Tagen sowie für sonstige Aufträge keine Gewähr übernommen.
Anzeigenannahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen wollen am Tage vorher aufgegeben werden.

Erscheint Montag, Mittwoch, Freitag.

Bezugs-Preis:

Durch die Post bezogen und durch den Briefträger u. andere Ausbringer ins Haus monatlich Goldmark 1.50 freibleibend.

Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.

In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung aber auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftszeit: 9-5 Uhr, Sonntags geschlossen.

Verantwortlicher: H. Nr. 11.

Postfach-Nr. 6903. Kantonale Nr. 6903.

Nr. 34.

Montag, den 19. Mai 1924.

85. Jahrgang

Die Abstimmung in Hannover.

Gegen die Losrennung.

Berlin, 18. Mai. Bei der heutigen Vorabstimmung in Hannover über die Frage, ob eine Abstimmung darüber stattfinden soll, daß Hannover von Preußen getrennt werde, waren laut amtlichen Preussischen Pressedienst um 10.30 Uhr abends die Abstimmungsergebnisse bis auf einige Bezirke mit 105 000 Stimmberechtigten bekannt. Da aber noch 183 000 Ja-Stimmen fehlen, ist die Abstimmung bereits gegen ein selbständiges Hannover entschieden.

Schwache Wahlbeteiligung.

Vergebliche Anstrengung der Welsen.

Hannover, 18. Mai. Die letzten Stunden vor der Vorabstimmung hatten ein wesentliches anderes Gepräge, wie die vor der Reichstagswahl. Von Seiten der Parteien, vornehmlich von den Welsen, wurden in allen Regierungsbezirken des Abstimmungsgebietes Versammlungen über Versammlungen abgehalten, die allerdings nur sehr schwach besucht wurden. Zentrenweise wurden Flugblätter in die Massen geschleudert, Radfahrer und Automobile mit weiß-gelben Wimpeln, Lastkraftwagen mit Propagandaarrangements, für die Bejahung des Abstimmungsbegehrens führen noch am Sonntag emsig durch die Straßen der Hauptstadt. Selbst Feiernmänner waren in den Dienst der Stimmungsmache gefüllt; ihr Repertoire war allerdings sehr bescheiden und bestand lediglich aus dem „Lustigen Hannoveraner“, den sie vor den Abstimmungslokalen der Welsen mit bewundernswürdiger Ausdauer spielten. Es wurde mit allen Mitteln gekämpft und nicht immer fair.

Alle Anstrengungen waren aber anscheinend umsonst. Die Mehrheit der hannoveranischen Bevölkerung hat sich die Besonnenheit und ruhige Ueberlegung nicht nehmen lassen und hat hauptsächlich durch Fernbleiben von der Abstimmung die Volksabstimmung abgelehnt.

Auffallend ist, daß die Welsen hauptsächlich in den Hauptstädten, wie in Hannover und Osnabrück, gewonnen haben. In Hannover-Linden konnten sie gegenüber der Reichstagswahl ein Plus von 74,2 Prozent erzielen, in Osnabrück-Stadt sogar über 100 Prozent. Dagegen fiel das Ergebnis in Lüneburg wesentlich schlechter aus, als erwartet wurde. Auch in Stade ist die Einbuße, die die Welsen erlitten haben, auffallend.

Der Abstimmungsakt ist in allen Regierungsbezirken ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung betrug 12 bis 30 Prozent. Nach dem Wahlergebnis um Mitternacht stimmten von 1 671 119 Wahlberechtigten 433 756 mit Ja. Das Drittel, das die Hannoveraner für die Abhaltung der Volksabstimmung brauchen, umfaßt 586 000 Stimmen. Diese Zahl wird nicht mehr erreicht, denn es fehlt nur noch das Resultat von 86 881 Wahlberechtigten.

Der „Deutsche Tag“ in Breslau.

Ruhig verlaufen.

Breslau, 18. Mai. Der heute in Breslau veranstaltete „Deutsche Tag“ verlief ohne irgendwelche Zwischenfälle. Auch im Straßenbild vermochte die Veranstaltung dank des energischen Verhaltens des Polizeipräsidenten fast gar nicht in die Erscheinung zu treten. Die Veranstaltung von öffentlichen Umzügen jeder Art war im Voraus verboten worden; auch durften die Fahnen nicht offen durch die Stadt getragen oder in geschlossenen Zügen marschieren. Die Polizei hatte zudem umfassende Sicherungsmaßnahmen getroffen und ganze Straßenzüge oberlegt um jeden Zusammenstoß zu vermeiden. So blieb die mit dem üblichen Programm, wie Ansprachen, Feiern, Japansfreud usw. veranstaltete Feier lediglich auf den Garten ihres Versammlungslokals, den Blicken der Öffentlichkeit entzogen, beschränkt.

Es hat sich hier also gezeigt, daß bei entschiedenem Verhalten der Polizeibehörden, wie es übrigens in Breslau nicht anders zu erwarten war, diesen Veranstaltungen ihr Propagandacharakter genommen werden kann, ohne daß es deshalb zu einer Beschränkung der geplanten Feier kommen muß.

Gleichzeitig mit dem „Deutschen Tag“ hatte der „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ zu einer Kundgebung aufgerufen, die außerordentlich stark besucht war und bei der der Oberpräsident der Provinz eine Rede hielt. Er wies darauf hin, daß es die fittliche Aufgabe jedes pflichtbewußten Staatsbürgers sei, die in der Verfassung begründete Republik allen Anfeindungen zum Trotz zu schützen.

Ein Vorstoß der Deutschnationalen.

Kampfanfrage an die alte Regierung.

Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei hat in ihrer Sitzung am Donnerstag folgende Entschlüsse gefaßt: Wir fordern, daß die gegenwärtige Reichsregierung entsprechend dem Ausfall der Wahlen, der den veränderten politischen Willen des Volkes feststellt hat, dem Reichspräsidenten alsbald ihren Rücktritt anbietet. Die gegenwärtige Regierung entbehrt jeglichen Rechts, Deutschland in den Verhandlungen über das Sachverständigengutachten noch entscheidend zu vertreten. Wir erheben entschiedenen Einspruch dagegen, daß das Kabinett etwa die Gesetzentwürfe zur Durchführung des Gutachtens dem Entsch.-Auschuß vorlegt, oder auch nur in vorbereitenden Handlungen dem Organisationskomitee oder dem Entsch.-Auschuß irgendwelche Erklärungen über den Standpunkt der deutschen Regierung abgibt oder abgeben läßt. Die Deutschnationale Volkspartei wird derartige Erklärungen nicht als für sich bindend anerkennen.

Die Reichsregierung äußert sich dazu durch das W.L.B. in der folgenden Erklärung:

Die Reichsregierung ist auch angesichts des Beschlusses des Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei entschlossen, pflichtgemäß die ihr übertragenen Regierungsgeschäfte nicht vor dem Zusammentritt des Reichstags aus der Hand zu geben. Sie hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, Deutschland in den Verhandlungen über die Sachverständigenutachten zu vertreten und die zur Durchführung der Gutachten erforderlichen Gesetzentwürfe vorzubereiten, sowohl im Hinblick auf die immer bedrohlicher werdende Kreditkrise, die finanziellen und wirtschaftlichen Erfordernisse Deutschlands, die ohne jeden Aufschub befriedigt werden müssen, wie auch in dem Bewußtsein, dadurch dem Willen der Mehrheit des deutschen Volkes und der Mehrheit des neuen Reichstags zu entsprechen. Der von der Reichsregierung vertretene Standpunkt hinsichtlich der Sachverständigenutachten wird nach den eigenen Erklärungen geteilt von der Sozialdemokratischen Partei, von der Zentrumspartei, von der Deutschen Volkspartei, von der Demokratischen Partei und auch von der Bayerischen Volkspartei, die auch im neuen Reichstag auf jeden Fall über eine größere Stimmenzahl verfügen, als eine etwaige gemeinsame Opposition der Deutschnationalen Volkspartei, der Kommunistischen Partei und der Volksfreien Partei. Bei dieser Sachlage erachtet die Reichsregierung den Beschluß des Vorstandes der Deutschnationalen Volkspartei als nicht im Einklang stehend mit den tatsächlichen Verhältnissen, wie sie sich nach der Willensäußerung des deutschen Volkes bei den Reichstagswahlen ergeben haben. Die Reichsregierung sieht auch in dem Beschluß des Parteivorstandes der Deutschnationalen Volkspartei eine ernste Gefährdung der deutschen Interessen in der Außenpolitik.

Ueber die Gründe, die die Reichsregierung zu ihrer Stellungnahme zu den Sachverständigenutachten gezwungen haben, sind die Parteiführer der Deutschnationalen von Seiten der Reichsregierung eingehend unterrichtet worden, ohne daß es gelang, die deutschnationalen Vertreter zu einer positiven Erklärung zu bewegen. Auch sonst liegt immer noch keine klare und bindende Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei darüber vor, wie sie die Erledigung der Sachverständigenutachten sieht, vielmehr wächst von Tag zu Tag die Unklarheit über ihre Absicht.

Die Politik der Deutschnationalen.

Berlin, 15. Mai. Unter obiger Ueberschrift veröffentlicht das Mitglied des preussischen Landtags, der Abgeordnete v. Lindner-Wildau im „Tag“ einen Artikel, in dem er sich zunächst dagegen wendet, daß man die Deutschnationalen im Ausland als unmögliche Verhandlungspartner, im Inlande aber als Wortbrüchige an den Versprechungen des Wahlkampfes hinstellt. Diesen Zweck müsse insbesondere das Interview dienen, das Staatsminister A. D. Hergt vor einigen Tagen dem „Berliner Lokalanzeiger“ erteilt habe. Man wolle aus Hergts Äußerungen zur Frage der Stellung der Parteien zum Sachverständigen-Gutachten dieses Gefühl herauslesen. Diese Verdröhnungen bergen aber Gefahren einer Täuschung des Auslandes in sich: Was wir etwa noch als Gegenleistung für Konzeptionen an Deutschland zu geben hätten, haben wir im Voraus fortgeschickt. Wie wären auf die Großmut unserer Gegner angewiesen. Eine deutschnationale Regierung ist frei von solchen Bindungen. Zum Schluß heißt es, unsere parteipolitischen Gegner haben durch fünf Jahre den Tatbeweis fortgesetzter Nachgiebigkeit erbracht. Das dürfte aber kein Grund sein, den gleichen Willen zum Nachgeben auch bei uns vorauszusetzen. Die Art, wie man unseren Gegnern im Ausland geradezu anrät, einer deutschnationalen Regierung nur gar kein Entgegenkommen zu zeigen, grenzt nahezu an Hochverrat. Auch im Ausland diskutierte man sehr ernste Abänderungsvorschläge zum Sachverständigenutachten. Der Verfasser glaubt zu wissen, daß die ernsthaftesten Politiker der ganzen Welt das größte Interesse daran haben, zu einer Lösung der deutschen Frage zu kommen, die Aussicht auf Frieden verspricht und nicht sofort den Keim neuer Konflikte in sich trägt.

Die Mittelparteien und die Deutschnationalen.

Berlin, 17. Mai. In der gestrigen Besprechung der Führer der drei bürgerlichen Mittelparteien sind keine bestimmten Beschlüsse gefaßt worden. Die politische Lage wurde in einem Sinne durchgesprochen, der etwa wie folgt skizziert wird: Der grundlegende Gedanke der in den Mittelparteien vorherrscht, geht dahin, daß man allerseits ein Zusammenwirken mit den Deutschnationalen in der neuen Regierung für wünschenswert hält. Als wichtigste Voraussetzung dafür wird bezeichnet, daß man unbedingt Klarheit über den außenpolitischen Kurs zu haben wünscht, den die Deutschnationalen verfolgen wollen. Es ist davon die Rede, daß die drei bürgerlichen Mittelparteien ein außenpolitisches Programm ausarbeiten, das zur Grundlage der voraussichtlich bevorstehenden Verhandlungen mit den Deutschnationalen dienen könnte. Nur eine kleine Gruppe der Demokraten scheint die Absicht zu haben, sich an einem großen bürgerlichen Block nicht zu beteiligen; dieser würde aber, da die Bayern zweifellos daran teilnehmen, auch dann die Mehrheit haben, wenn einige Demokraten zur Opposition übergehen sollten. Der Wunsch, mit den Deutschnationalen zusammenzuarbeiten wird besonders von der Deutschen Volkspartei vertreten. Im Zentrum machen sich noch gewisse Strömungen

geltend, die einen ausschlaggebenden Einfluß der Deutschnationalen auf die neue Regierung vermeiden sehen möchten. In der Frage des Rücktritts der jetzigen Regierung scheint gegenwärtig die Meinung vorzuherrschen, daß das Kabinett erst nach Zusammentritt des Plenums seine Ämter niederlegt. Die nächste Zusammenkunft der Parteiführer der Mitte soll Montag stattfinden. Inzwischen werden die Besprechungen innerhalb der einzelnen Fraktionen in der gleichen Frage fortgeführt.

Neue scharfe Angriffe Ludendorffs gegen das Zentrum.

Hannover, 16. Mai. General Ludendorff hat dem Münchener Vertreter der „Niederdeutschen Zeitung“ folgendes Urteil über die hannoversche Frage abgegeben:

Der § 18 der Weimarer Verfassung, der die Abstimmung zuläßt, ist und bleibt das Werk des Zentrums, ebenso wie das Bomberger Programm vom September 1920, das die gleichen Absichten verfocht, das Werk der Bayerischen Volkspartei ist. Beide Parteien haben sich damit zum Zerstörer des Bismarckschen Deutschland gemacht. Der durch seinen wütenden Haß gegen das Preußentum hier verächtliche Graf Bothmer nahm mit Hannoveranern frühzeitig Verbindung auf, um auch dort anscheinend protestantische Kreise für die föderalistische Politik der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums zu gewinnen und der Anschauung entgegenzuwirken, als ob das föderalistische Deutschland ein Werkzeug päpstlicher Machtpolitik sein sollte. In dem Schriftwechsel zwischen Graf Bothmer und Dr. Heim spielt auch Herr v. Donnenberg eine Rolle. Er scheint indes, daß eine Zeitlang Dr. Heim meinte, auch mit den Hannoveranern auf einen Boden zu kommen. Da muß aber noch einiges gereinigt werden. Diesen Boden hat nun die Bayerische Volkspartei schon inzwischen gefunden, denn sie unterstützt jetzt ganz offen die Abgeordneten der Deutsch-Hannoveraner. Mit ihnen eng zusammen hängen Generalsekretär Kiefer und Graf Mehrenbach in Langenswalbach. Letzterer ist Vertreter der Nassauer und der Charlotte v. Luz, m. burg und hält sich bei Dorten auf. Die Bayerische Volkspartei verschert allen, die am 18. Mai ihre Stimme für den wahren Föderalismus abgeben, ihrer wärmsten Sympathie. Dr. Heim hofft mit seiner föderalistischen Politik das Wohlwollen Frankreichs zu gewinnen, das der außenpolitische Ankerpunkt der Bayerischen Volkspartei ist, die bekanntlich am 26. November 1918 Kurt Eisner ansetzte, doch ja einen Sonderfrieden mit Frankreich abzuschließen.

Diese Hinweise sollten jedem Deutsch-Hannoveraner klar zeigen, wohin die Reise gehen soll und daß es sich mitschuldig an der Zertrümmerung Deutschlands macht, wenn er am 18. Mai im Sinne der Loslösung Hannovers seine Stimme abgibt.

Friede im Ruhrbergbau.

Berlin, 16. Mai. Nach dreitägigen Verhandlungen ist über die Arbeitsfreistellungen im Ruhrbergbau heute abend ein Schiedspruch gefällt worden, dessen wesentlicher Inhalt folgender ist:

1. Der Tarifvertrag mit dem rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier vom 1. August 1922 (Rahmentarif) ist in seinen wesentlichen Bestandteilen bis zum 30. Juni 1925 verlängert worden. Besonders zu bemerken ist hier lediglich, daß die von den Bergleuten zu beziehenden Deputatkohlen unverändert bleiben und der Preis auf 40 Goldpfennig pro Zentner festgesetzt worden ist. Der Vertrag ist mit zmonatiger Kündigungsfrist kündbar und läuft, falls Kündigung nicht erfolgt, 3 Monate weiter.

Die Arbeitszeit ist in der Weise geregelt, daß die Bestimmungen des Rahmentarifs aufrecht erhalten worden sind, wobei aber eine besondere Regelung der Mehrarbeit stattgefunden hat. Die Mehrarbeit beträgt für die Arbeiter unter Tage und für die Arbeiter über Tage, die unmittelbar mit der Förderung zu tun haben, eine Stunde; für die Arbeiter durchgehender Tagesbetriebe beträgt die Mehrarbeit bis 2 Stunden. Hier von sind allerdings die Arbeiter ausgenommen, die in besonders schwierigen Verhältnissen arbeiten.

Die Mehrarbeit wird entsprechend der geleisteten Stundenzahl vergütet, aber ohne besonderen Aufschlag. Diese Regelung entspricht im allgemeinen dem Zustand, wie er seit Monaten, früherer Einteilung entsprechend, bestanden hat. Die Mehrarbeit gilt bis zum 31. März 1925 und kann zu diesem Zeitpunkt erstmalig mit zweimonatiger Frist gebündigt werden.

3. Die Unparteiischen haben ferner zur Beendigung der Arbeitsstreitigkeiten vorgeschlagen, daß sämtliche Arbeitnehmer sobald und soweit die Betriebsmöglichkeit es gestatten, wieder eingestellt und lediglich solche Arbeitnehmer ausgeschlossen werden dürfen, die sich schwerer Verschuldungen schuldig gemacht haben. Im übrigen dürfen Maßnahmen nicht stattfinden. Die ausgefallenen Möglichkeiten sollen im Hinblick auf die tariflichen Bestimmungen nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses gelten. Die Löhne sind bekanntlich durch Schiedspruch, der von den Arbeitnehmern angenommen wurde, kürzlich um 17 Prozent erhöht worden.

Nachdem der Vorsitzende, Vizepräsident Dr. Hausmann, die Verhandlungen geschlossen hatte, lud der Arbeitsminister die Mitglieder des Schiedsgerichts und die Parteien nochmals zu sich, dankte ihnen für die geleistete aufopferungsvolle Arbeit und wies auf die ungewöhnliche Bedeutung der vorliegenden Arbeitsstreitigkeiten hin mit dem Bemerkens auf die furchtbare Verantwortung, die die Parteien nun bei ihrer Entscheidung über den Schiedspruch zu tragen hätten.

Zum Schiedspruch im Ruhrkonflikt.

Berlin, 17. Mai. Bei den gestrigen Verhandlungen über den Schiedspruch für den Ruhrbergbau wurde von seiten des Zechenverbandes eine Reihe Einwendungen gegen die Vorschläge gemacht.

Essen, 17. Mai. Wie der alte Bergarbeiterverband mittel, haben der Verband der Bergarbeiter Deutschlands und der Gewerksvereine christlicher Bergarbeiter den gestern in Berlin gefällten Schiedspruch einstimmig abgelehnt.

Die Wirkungen der Auslandsvergütungsreisen.

London, 15. Mai. Die "Times" veröffentlicht einen ausführlichen Artikel ihres römischen Berichterstatters über die deutsche Invasion in Italien.

Die "Frankfurter Zeitung" schreibt dazu: Wir haben uns wiederholt mit diesen deutschen Auslandsreisenden befaßt, von denen nicht alle den notwendigen Takt besitzen.

Das Raten in Paris.

Paris, 16. Mai. Alles dreht sich in Paris um die beiden Fragen, werden die Sozialisten mit den Radikalen die Regierung bilden und wie wird die Regierungsbildung in Berlin zustande kommen?

Des Herzens Gebot.

Original-Novelle von Fr. Lehne.

Der Garten glied einem Schmuckkästchen, der Pfarrer verwendete fast seine ganze freie Zeit, in ihm zu arbeiten — darin fand er seine Erholung.

sie zu nennen, da alles viel zu sehr in der Schwebe ist. Der Vorstand der Radikalen und Radikalsozialisten trat heute nachmittag zu einer Beratung in der Kammer zusammen.

Wird erst das zukünftige französische Kabinett konstituiert sein, meint der "Intransigent", so wird auch die Unsicherheit in Berlin von selbst wieder aufhören.

Der frühere Innenminister Wolow erklärt im "Pariser Soir", daß nach seiner Ansicht die neue französische Regierung nur von Dauer sein könne, wenn sich die Sozialisten daran beteiligen.

Wie heute bekannt wird, hat sich das Schreiben Poincares an Macdonald mit einem Briefe Macdonalds an den französischen Ministerpräsidenten gekreuzt.

Die künftige Politik Frankreichs.

Paris, 17. Mai. Von einem Redakteur der Hannasagentur über das Programm befragt, das die neue Kammer durchzuführen habe, erklärten die Abgeordneten Herriot, Painlevé und Leon Blum: Das Programm der neuen Mehrheit ist ein Programm der Aussöhnung und der internationalen Verständigung.

Der sozialistische Abg. Moutet, der mit Herriot auf einer Liste gewählt worden ist, hat gestern folgende Erklärung abgegeben: Ich gebe mich zu keinem Mandat her, das geeignet wäre, die Lage Herriots hinsichtlich der Bildung der künftigen Regierung zu erschweren.

Berlin, 17. Mai. Nach einem Bericht der "Germania" über eine Unterredung ihres Pariser Korrespondenten mit Robert de Jouvenel, dem Führer der Sozialistisch-Radikalen, sagte dieser, wir sind fest entschlossen, das Gutachten der Sachverständigen zur Anwendung zu bringen.

Ein Beschluß der Partei Painlevé-Briand.

Paris, 17. Mai. Der geschäftsführende Ausschuß der sozial-republikanischen Partei (Painlevé und Briand) hat eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, die Partei weigere sich, an jeder Regierung sich zu beteiligen.

Der neue Frankenkurs.

Paris, 16. Mai. Poincare hat die Mitglieder seines Kabinetts heute nachmittag überraschend zu einem Kabinettsrat zusammengerufen.

und das Kabinett habe den Finanzminister beauftragt, die Stützungsaktion fortzuführen.

Poincares letzte Winkelszüge.

Paris, 17. Mai. Das amtliche Havas-Büro berichtet aus London, Macdonald habe gestern Mittag den französischen Botschafter empfangen, der ihm das Schreiben Poincares übergeben habe.

Englisches Urteil über den Brief Poincares an Macdonald. London, 17. Mai. Der diplomatische Berichterstatter des "Daily Telegraph" schreibt, das von Poincare als Premierminister des demnächst zurücktretenden Kabinetts eingeschlagene ungewöhnliche Verfahren, Macdonald seinen letzten Willen und sein Testament bezüglich der Reparationsfrage zu überlegen, habe in London eine gewisse Ueberraschung hervorgerufen.

England und Frankreich verhandeln weiter.

Paris, 17. Mai. Zwischen der englischen und französischen Regierung wird weiter verhandelt, um die Prüfung des Planes der Experten trotz der Aenderung der politischen Lage in Frankreich nicht zu verzögern.

Macdonald reist nach Paris?

London, 17. Mai. Gestern wurde bestätigt, daß Ramsay Macdonald eventuell bereit sein wird, nach Paris zu fahren, um sich mit dem neuen französischen Ministerpräsidenten auszusprechen für den Fall, daß dieser aus parlamentarischen Gründen Paris nicht gerne verlassen wolle.

Der deutsch-russische Zwischenfall. Eine überraschende Wendung.

Der Kommunist Bozenhardt in der Wohnung eines Mitgliedes der russischen Handelsvertretung verhaftet! — Bozenhardt ebenfalls deren Mitglied. — Die politische Auswirkung Berlin, 16. Mai. Der politischen Polizei ist heute ein überraschender Fang gelungen.

Die Verhaftung Bozenhardts und die eigenartigen Umstände, unter denen sie erfolgte, dürfte die Moskauer Sowjetregierung veranlassen, ihre weitgehende Benutzungsanforderung um einen Pflock zurückzuziehen und sich den deutschen Bemühungen um die Beilegung des Konflikts entgegenkommender zu zeigen.

Dagmar Odenberg kam zurück. Sie wunderte sich, als sie eine ihr fremde Männerstimme hörte; soviel sie wußte, hatte man doch niemand erwartet.

Sie zeigte sich heute in ihrer liebendwürdigsten Seite, denn es war jetzt eine Persönlichkeit da, um die sich das schon lohnte.

Die Note der Sowjetregierung, in der von der deutschen Regierung eine formelle Entschuldigung, Festlegung der Verantwortlichkeit und Leiter der Hausuchung und Wiedergutmachung des durch die Polizei angerichteten Schadens verlangt werden, ist gerade heute eingetroffen. Es fällt auf, daß die russische Regierung in ihrer Note keinerlei Bezug auf den Vorschlag der deutschen Regierung, die Angelegenheit einem schiedsgerichtlichen Verfahren zu überantworten, genommen ist. Die deutsche Note, die diesen Vorschlag enthält, muß der russischen Regierung bereits vorgelegen haben, als sie ihre Note abgabte. Die deutsche Regierung dürfte deshalb auch zunächst die russische Note nicht beantworten und eine Erklärung der Moskauer Regierung zu dem Schiedsgerichtsvorschlag abwarten, wozu sich die russische Regierung noch der neuen Wendung, die die Dinge genommen haben, eher entschließen dürfte.

Polnische Antwort.

Die deutsche Regierung hatte, wie bereits gemeldet, durch Gesandten in Warschau der polnischen Regierung eine Note überreicht, in der auf die infolge der sich ständig wiederholenden Ausschreitungen gegen die deutsche Minderheit in Polnisch-Oberschlesien auch für die dortigen Reichsangehörigen bestehenden Gefahren aufmerksam gemacht wird. In Beantwortung der Note äußert sich nun die polnische Regierung, einer Meldung der Poln. Tel.-Ag. zufolge, dahin, daß in der Republik Polen die Sicherheit aller Einwohner ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit verfassungsmäßig gewährleistet sei. Im übrigen bemängelt die polnische Regierung, daß in der deutschen Note keine konkreten Beschwerdefälle aufgeführt seien und spricht gleichzeitig der deutschen Regierung das Recht ab, in einem Fall wie dem vorliegenden zu intervenieren. Hierzu ist zu bemerken, daß von der deutschen Gesandtschaft in Warschau nach Ueberreichung der Note eine große Zahl von Einzelfällen der polnischen Regierung nachhaft gemacht wurden, in denen deutsche Reichsangehörige in Polnisch-Oberschlesien mißhandelt oder sonst terrorisiert worden waren. Abgesehen davon, daß die polnische Regierung ihrerseits anlässlich der in Deutsch-Oberschlesien im März vorgenommenen Verhaftung von ehemaligen Angehörigen deutscher Reichsangehörigkeit es für gut befand, die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amtes auf diese Vorkommnisse zu lenken, muß die deutsche Regierung das Recht für sich in Anspruch nehmen, bei der Regierung eines fremden Landes vorstellig zu werden, wenn ihre Staatsangehörigen in diesem Lande verfolgt werden und Ausschreitungen ausgeübt sind.

Die polnische Gefahr.

Polens Außenpolitik führt zur Katastrophe. — Eine neue Landkarte. — Polen vom Meer zum Meer. — „Friedliche Eroberungen.“ — Das neue Militärdienstgesetz.

Warschau, 18. Mai. Ebenso verwegene und abenteuerliche wie die Wege der polnischen Innenpolitik, sind auch Polens außenpolitische Ziele. Es gibt gewiß keinen kritisch veranlagten Menschen, der dem polnischen Dreißigmillionenvolk die staatl. Daseinsberechtigung absprechen könnte. Wenn man aber die Art der polnischen Ausdehnungspolitik — über die selbst die sein ausgeklügelten Worte des Staatspräsidenten von der kulturellen Eroberung der noch „unbefreiten“ Gebiete nicht hinwegtäuschen können — näher betrachtet, kann man keinen Augenblick lang darüber im Zweifel sein, daß der polnische Machthaber über kurz oder lang zu einer Katastrophe führen muß, deren Folgen heute noch unübersehbar sind.

Ende März hat der Warschauer Sejm an die Regierung die Aufforderung erlassen, die Verwirklichung der polnischen Zugänge zum Meer energischer zu betreiben. Dieser Sejmbeauftrag wurde in erster Linie mit dem litauischen Raub des Memelgebietes und der angeblich unzulänglichen Lage in Danzig begründet. Seit jener Zeit sieht man in Polen überall eine in hoher Massenaufgabe erschienene Landkarte, auf der die ehemaligen historischen Grenzen des polnischen Königreiches angezeichnet sind. So hofft man in den breitesten Volksmassen den Wunsch nach dem Besitz von Gebieten zu erwecken, die alles andere als polnisch sind, ja die selbst zur Zeit, da sie unter polnischer Herrschaft standen, nur von einer schwachen polnischen Minderheit bevölkert waren.

Und dann der freie Zugang zum Meer... Es gibt heute in Polen nur wenige vernünftige Leute, bei denen die Lösung „Polska od morza do morza“ (Polen vom Meer zum Meer) nicht als der vornehmste Wunsch eines jeden wachenden Patrioten gilt. Danzig ist natürlich die erste Etappe, die Polen zu besetzen heißt. Darüber hinaus beginnt aber erst das eigentliche polnische Programm. Die ganze Ostseeküste hinauf bis nach Riga soll vom weißen Adler beherrscht werden. Die östliche Landgrenze Polens dagegen soll von Riga in ziemlich gerader Linie bis zum Schwarzen Meer mit einem polnischen Riew und Dnepr verlaufen. Man sieht, die Warschauer Politiker sind in bezug auf Polens neue Ostgrenze — bei der „Korrigierung der polnischen Westgrenze“ will man bekanntlich ebensowenig engherzig verfahren — etwas übertrieben ambiçionsvoll. Nur wenn man diese Ziele der polnischen Außenpolitik kennt, ist man erst in der Lage, einen entsprechenden Kommentar für die Erklärung des Staatspräsidenten Wojciechowski zu finden. „Wir haben — so sagte er mündlich — viel erungen, was uns gehörte, aber noch nicht alles; noch nicht alle polnischen Gebiete noch nicht alle Länderstücke, die zu unserer vollen Existenz notwendig sind, sind mit dem Mutterlande vereint. Aus diesen Worten soll man nicht den Schluß ziehen, daß ich zum Kriege aufrufe. Ich glaube an die große Macht polnischer Arbeit und Kultur, die uns erlauben wird, mit der Zeit das zu erreichen, was wir bisher nicht erreicht haben.“

Ueber die Art dieser polnischen Arbeit und Kultur braucht man sich schon jetzt nicht mehr im Zweifel zu sein. Die ersten Vorbereitungen zu den sonderbaren „friedlichen Eroberungen“ sind bereits mit dem neuen polnischen Militärdienstgesetz getroffen worden, das entgegen den im oberschlesischen Autonomiegesetz enthaltenen Bestimmungen und den einstigen, vor dem oberschlesischen Plebiszit gewährten Zusicherungen die Wehrpflicht mit sofortiger Wirkung auf polnisch-Oberschlesien ausdehnt und außerdem die zweiwöchige Dienstzeit festsetzt. Nur die Sozialisten hatten genügend Mut, gegen das neue Dienstgesetz zu protestieren und auf den Schaden hinzuweisen, den Polens Ansehen dadurch im Ausland erleiden wird. Die Sozialisten die von der Rückkehr Piłsudskis eine Hebung des gesunkenen moralischen Niveaus der Armee auch heute noch erhoffen, fürchteten insbesondere, daß die englische Regierung gegen Polen Bedenken erheben könne, wenn es die längste Wehrpflicht in Europa befiehlt. Mittlerweile hat sich aber durch die Sanierung und das Jögern Englands, Polen eine Anleihe zu gewährleisten, die Lag: so geändert daß man jetzt glaubt, die Kosten der zweiwöchigen Dienstpflicht tragen zu können. Der neue Kriegsminister

General Sikorski, glaubte daher im Zusammenhang mit der Verlängerung der Dienstpflicht in Sowjetrußland mit besonderer Ueberzeugung darauf hinweisen zu können, daß die polnischen Rüstungen der friedlichen Gefinnung Polens keinen Abbruch tun, im Gegenteil, die durch eine 2600 Kilometer lange Grenze notwendigen militärischen Maßnahmen einen Beweis des wahren Friedenswillens darstellen. Da sich die rumänisch-russische Feindschaft und auch die litauisch-polnische Spannung in der letzten Zeit verstärkt haben, scheinen die in Entwicklung begriffenen osteuropäischen Gegensätze bereits auf dem besten Wege zu sein, das allgemeine Wettrüsten zu beschleunigen.

Russisch-rumänische Kriegsgefahr?

Bukarest, 16. Mai. Die rumänischen Militärbehörden erhielten Nachrichten, daß laut Befehlen, die von der Sowjetregierung ergangen sind, östlich des Dnjepter eine starke Truppenzusammenziehung vorgenommen wird. Der rumänische Generalstab erklärt sich völlig gerüstet, um jeden Angriff von russischer Seite an der Dnjepter-Grenze abzuwehren. Polen informierte die rumänische Regierung offiziell, daß nach ihren Nachrichten die Lage in der russischen Ukraine infolge Hungersnot eine recht schwierige sei. General Budjennj, der dorthin entsandt worden sei, um die Mobilisierung vorzubereiten und gegen einen besüchteten Bauernaufstand Maßnahmen zu treffen, stoße auf große Schwierigkeiten. Die Sowjetregierung wiederum bemühe sich, in dem durch Hunger und Entbehrung aufgebracht Volk die Stimmung für einen Angriff auf Rumänien vorzubereiten und schreibe in ihrer Propaganda Rumänien alle Schuld an den Leiden der Bevölkerung zu, da durch den Raub Besarabiens die Ukraine und andere russische Landestteile um einen Hauptteil der russischen Kornkommer gebracht worden seien. Die Propaganda reize die Volksmassen zur Wiedereroberung Besarabiens auf. Nach hier vorliegenden Meldungen will die Sowjetregierung die Unterhandlungen mit englischen Firmen fortsetzen, bei denen sie gegen gleichzeitige Zahlung von einer Million Pfund große Artillerie- und Munitionsbefellungen aufgeben will.

Die neue Kriegsgefahr im Osten.

Berlin, 17. Mai. Der Genfer Berichterstatter der Voss. Zig. sieht anlässlich der rumänischen Königsreise nach Bern, Paris und London die Gefahr eines neuen Weltkrieges, in bedrohlicher Nähe gerückt, der sich an der besarabischen Frage entzünden könnte. Wenn auch die offiziellen Reden und Kom-muniqués von dieser Gefahr nichts erkennen lassen, so sei doch ganz offenbar, daß die Rundreise des Königs allein den Zweck habe, bei den westeuropäischen Regierungen um gut Wetter für den Fall eines bewaffneten Konflikts mit Rußland zu bitten.

Revolution in Portugal?

Rom, 18. Mai. Die Tribuna erhält von der portugiesischen Grenze folgendes Telegramm: Portugal ist neuerlich von einer Revolution bedroht. Das erste Signal ist von dem Postarbeiterstreik ausgegangen worden; infolgedessen ist die Verbindung mit einigen Provinzen Portugals unterbrochen. Der Streik hat scheinbar eine wirtschaftliche Grundlage, da die Streikenden Gehaltsaufbesserung fordern; seine politische Natur ist aber durch den Umstand erwiesen, daß in einigen Städten die Streikenden mit der Waffe in der Hand gegen die Behörden ihre Bewegung durchzusetzen suchten. Die Bedeutung dieser Zwischenfälle geht daraus hervor, daß in Oporto der Belagerungszustand verhängt wurde.

Ein deutsch-englischer Handels-Vertrag?

Berlin, 16. Mai. Eine Amsterdamer Meldung, die heute in die Berliner Abendblätter übergegangen ist, wußte von angeblichen Erfolgen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in London, insbesondere in der Richtung des baldigen Abschlusses eines englisch-deutschen Handelsvertrages zu berichten. Wie der Reichsbankpräsident mittelst, hat es sich bei seinem kurzen Londoner Besuch lediglich um laufende Geschäftsangelegenheiten der Reichsbank gehandelt, und es haben keinerlei politische oder handelspolitische Besprechungen stattgefunden.

48-Stundenwoche in England.

Paris, 16. Mai. Der englische Arbeitsminister bereitet gegenwärtig einen Gesetzentwurf vor, der nach dem Washingtoner Beschluß für England eine 48stündige Arbeitswoche festsetzen soll. Die Eisenbahner, deren Arbeitszeit durch ein besonderes Gesetz geregelt ist, sind von der Neuregelung ausgeschlossen. Der Gesetzentwurf wird dem Unterhaus in kürzester Weise zugehen.

Baden.

Eine unglaubliche völkische Verleumdung gegen die badische Regierung.

„Geheimvertrag zwischen Baden und Frankreich.“ — Strafantrag der badischen Regierung gegen die Großdeutsche Zeitung. Ein ganz unglaubliches Stück übersteter und böswilligster Verleumdung leistet sich die völkische Großdeutsche Zeitung in ihrer neuesten Nummer. Die schmutzigen Methoden, die von dieser Seite ja während des ganzen Wahlkampfes angewandt wurden, sind nur zu erklären durch den geradezu pathologischen Haß, den diese Leute gegen den Staat von heute empfinden und der ihnen derart den Verstand benimmt, daß sie nicht einmal die nötigste Vorsicht nach der Seite der strafrechtlichen Verantwortung obwalten lassen. Die Großdeutsche Zeitung behauptet nämlich, im Zusammenhang mit der Auflösung der sog. Pfalzzentrale nicht mehr und nicht weniger, als daß „Baden einen Geheimvertrag mit Frankreich abgeschlossen haben soll, wonach es alle Organisationen die der französischen Befehlsarmee nur im geringsten gefährlich oder auch nur unbequem zu werden drohen, auflöst und ausweiß.“

Das erste Opfer dieses Geheimvertrages sei die Pfalzzentrale geworden. Von Minister Kemmelé wird in diesem Zusammenhang gesagt: Er, dem jeglicher Hauch vaterländischen Empfindens gänzlich fremd, sann Tag und Nacht, wie er die bajawarischen Gäste, die er für verkappte Nationalsozialisten hielt losbringen könnte. Am Schluß heißt es: „Ein deutscher Minister als Schrittmacher eines französischen Generals!“

Das aus einem, wie gesagt pathologischen Haß entspringende Pamphlet ist im Grunde so abern, daß es sich für jeden denkenden Menschen von selbst erledigt. Diese Meldung ist von A bis Z erfunden. Gegen die genannte Zeitung ist Strafantrag gestellt worden.

Aus Nah und Fern.

* Sinsheim, 18. Mai. (Erholungsreise.) Dieser Tage ging von hier ein Transport von 57 Kindern nach Erholungsstätten, insbesondere dem Heuberg im Schwarzwald ab. Die Kinder werden dort gut gepflegt und können sich bei Licht und Luft trefflich erholen.

* Sinsheim, 18. Mai. (Frauenverein.) Die gestrige Generalversammlung des Frauenvereins war sehr gut besucht. Dem von der Präsidentin, Frau Bürgermeisterin Sidler, erstatteten Jahresbericht konnte man entnehmen, daß der Verein gegenwärtig 149 Mitglieder zählt und die Kinderkantine des Vereins von 67 Kindern besucht wird. Im letzten Winter konnte dank freiwilliger Gaben im Verein mit dem kath. Frauenbund eine Suppenküche eröffnet werden und täglich 60 bis 70 Liter gute Suppe an Unterstützungsbedürftige und Kranke verteilt werden. In Erholungsheimen auf den Schwarzwald wurden am letzten Mittwoch 57 Kinder gebracht. Zwei weitere Transporte gehen am 12. Juli und 16. August dorthin ab. Anmeldungen dazu müssen aber umgehend erfolgen. Die Leiterinnen des Transports konnten sich an Ort und Stelle davon überzeugen, daß Verpflegung wie Unterkunft vorzüglich sind. Im übrigen war die charitative Tätigkeit des Vereins stark behindert durch die Inflation, denn der von der Kassiererin, Frau Deginus, gegebene Kassenbericht ließ erkennen, daß die Vereinsfonds fast in nichts zerfließen sind und an ihrem Aufbau nun auch wieder gearbeitet werden muß. Nun schritt man zur Auszeichnung von Dienstboten, die fünf und mehr Jahre in ein und derselben Familie treue Dienste leisteten. Diese sind: Karoline Bierweiler vom Leidenhartterhof, 10 Jahre bei Familie Karl Baer, Magdalena Hodel von Ehrstädt, 10 Jahre bei Familie H. Frank, Luise Weikum von Bockschäft, 10 Jahre, Lina Weikum von Bockschäft, 7 Jahre bei Familie K. Lachner, Rosa Throm von Limbach, 5 Jahre bei Frau N. Blum Ww., Katharina Habermayer von Hirschhorn, 5 Jahre bei Familie Chr. Schmidt, (Fürsorgeanstalt), Emma Rauscher von Elhofen, 5 Jahre bei Familie Rüd. Wagner Allen wurden von der Präsidentin unter ehrenden Worten der Anerkennung schöne Geschenke mit einem Diplom überreicht. Der unterhaltende Teil des Abends wurde mit einem Klaviertrag von Herrn Referendar Hemmemaun eröffnet, der die Lis-Dur-Ballade von Chopin meisterhaft spielte u. damit reichen Beifall erntete. Dann folgte die Aufführung des Singspiels Puppenliefel, das mit seinen reizenden Melodien und dem verständnisvollen Spiel der Mitwirkenden sowie den anmutigen Reigen, hohe Freude bereitete und seine Wirkung auf die Zuhörer nicht verschonte.

h Sinsheim, 19. Mai. (Puppenliefel.) Nachdem am Samstag Abend das anmutige Singpiel „Puppenliefel“ von Hugo Zuchneid vor einem engeren Kreise in Szene gegangen war, fand gestern Abend eine Aufführung vor der größeren Öffentlichkeit statt. Das reizende Werkchen nahm in seiner schlichten Anmut bald Alt und Jung gefangen. Liefel, die verwöhnte Tochter eines reichen Papas, geht ganz auf in der Liebe zu ihren Puppen und wird von ihren Gespielinen reichlich genekelt. Die Ältere Martha aber will Liefel kurrieren. Als diese nach dem Spiel im Garten eingeschlafen war, stellt Martha Elschen, eine Kriegswaise, zu Liefels Puppen. Letztere glaubt nicht anders, als daß die liebliche Kleine das lebende Püppchen ist, welches ihr Pappa versprochen hat. Groß ist darum ihre Enttäuschung, als sie den Irrtum bemerkt. Aber Elschen findet doch den Weg zum Herzen der Puppenmutter. Martha redet gleichfalls zu, und schließlich wandelt sich die Püppchenjucht in natürliche Herzensliebe. Liefel ist geheilt. Zu dieser Handlung hat Hugo Zuchneid eine anmutige, frische Musik geschrieben, reich an Melodik und fließigen Kanzenrhythmen. Eine natürliche Grazie, eine warme Herzlichkeit klingt aus allen Sätzen. Sämtliche Weisen sind originell konzipiert und getragen von gefunden musikalischen Empfinden. Und all diese Vorzüge kamen dank einer trefflichen Aufführung gut zur Geltung. Besonders verdient machte sich um die Aufführung Schwester Sophie Hummel von der Fürsorgeanstalt, die das Spiel mit Sorgfalt und Hingabe einstudiert hat. Der musikalische Teil lag in Händen von Fr. Emilie Schwenne, die ihn bei den Proben und den Aufführungen verständnisvoll und sicher durchführte. Nicht minder klappete es auf der Bühne. Die jungen Mädchen und Schülerinnen waren mit ganzer Seele dabei und hinter dem Eifer zum guten Gelingen stand auch der Erfolg nicht zurück. Man konnte sogar ganz bedeutende mimische Talente neben guten Stimmen und sicherem Vortrag entdecken. Ganz reizend war Klein-Elschen, Annelie Schmidt machte ihre Sache als Püppchen ganz ausgezeichnet. Lisbeth Antony mit ihrer glockenreinen Singstimme war ein richtiges Puppenmütterchen, welches mit seinen Pflöglings bald munter tanzte und sang, bald in schwärmerische Träume versank. Ihr Spiel war äußerst anmutig und lebenswahr. Der muntere Kreis ihrer Gespielinen war durch Lina Reinig, Elise Wickenhäuser, Irmgard Engesser, Friedel Lachner, Marie Frei und Emma Tschek vertreten, welche ihren Rollen vollauf gerecht wurden und für ungezwungene Heiterkeit auf der Bühne sorgten. Eine Glanzleistung waren auch die vielverschlungenen Puppenreigen. Diese waren von Fr. Elise Schwenne künstlerisch zusammengestellt und einstudiert worden und mit größter Anmut tanzten die zierlichen Kleinen auf die einschmeichelnden Rhythmen der Musik. So wurde die Aufführung, zumal auch das heitere Schlußbild und die frischen Mädchenchöre aufs beste gelangen, dem Werke durchaus gerecht. Reicher Beifall und Hervorruf lohnte am Schluß die Darstellerinnen. Der Komponist, Herr Hugo Zuchneid, der unserer Einladung folgend der Aufführung beiwohnte, war sehr befriedigt und spendete den Mitwirkenden hohes Lob. Der schöne Erfolg lohnte die Bemühungen der Ausführenden, die mit Genugtuung auf das gute Gelingen zurückblicken dürfen.

* Sinsheim, 17. Mai. (Radio.) Gestern Abend hielt Herr Gewerbelehrer Linder-Heidelberg im Löwenaal einen Vortrag über das Wesen der drahtlosen Telephonie mit praktischen Vorführungen. In einer Anzahl selbstverfertiger Zeichnungen erläuterte der Vortragende die Eigenart der elektrischen Wellen, die den Äther durchfluten, ihre Entstehung und Ausbreitung, ihre Länge und Abstimmbarkheit. Auch mit den neuzeitlichen Apparaten machte er uns bekannt, die es erst ermöglicht haben, durch geeignete Verstärker die schwachen elektrischen Wellen, deren Vorhandensein bereits vor Jahrzehnten durch bedeutende Physiker erkannt und nachgewiesen worden ist, so zu kräftigen, daß sie gehört und praktisch verwertet werden können. Die interessantesten theoretischen Ausführungen waren begleitet von praktischen Vorführungen, welche uns Musikstücke verschiedener Sendestationen des In- und Auslandes durch sog. Lautsprecher übermittelten. Leider waren die Uebermittlungen durch atmosphärische Gewitterspannungen sehr gestört, erst gegen Ende des Vortrags trat mehr Klarheit ein. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall entgegengenommen. Veranlaßt wurde der

Vortrag von Herrn Peter Rau, der sich seit längerer Zeit mit der Radiotechnik befaßt und selbst einen Apparat gebaut hat.

Neckarbischofsheim, 16. Mai. (Der Verschönerungsverein) hat eine künstlerische Karte zur Schmittenerfeier herstellen lassen.

Obergimpern, 16. Mai. (Sprengungslück.) Ein sehr bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Mittwoch in dem Kalk- und Schotterwerk von Blasius Blumenthaler hier.

Itzingen, 16. Mai. (Postaliches.) Die hiesige Postagentur, welche seither durch das Postamt Eppingen verwaltet wurde, ging von heute ab an das Postamt Sinsheim über.

Fammental, 15. Mai. (Vermist.) Der langjährige Leiter des hiesigen Elektrizitätswerkes Herr Heinrich Kochhausen ist seit vorletztem Mittwoch vermist.

Mühlhausen (Amt Wiesloch), 15. Mai. (Dachstuhl.) Letzte Nacht um 1 Uhr stürzte das Scheunen-Dach der Landwirte Richard Kühl und Wilhelm Kreh unter furchtbarem Getöse zusammen.

Weinheim, 15. Mai. (Einbruch.) In vergangener Nacht wurde in das städt. Arbeitsamt, in das Notariat und in das Amtsgericht eingebrochen.

Freiburg, 15. Mai. (Der Stand der Halmenfrüchte) im Markgräflerland ist im allgemeinen gut, besonders günstig sieht sich die Gerste an.

Billingen, 15. Mai. (Verschiedenes.) Der Direktor der Billinger Bank, Minnich, hat im Billinger Wald sich das Leben genommen.

Wingen (Tannus), 16. Mai. (Eine folgenschwere Grenzüberschreitung.) Etwas 1000 Meter diesseits der Grenze des besetzten Gebiet wollten zwei französische Soldaten in Uniform in einem Weiher mit Sprengstoffen fischen.

Schwere Unwetterkatastrophe im oberen Wutachtal. Waldshut, 17. Mai. Gestern nachmittag 3 Uhr ging über die Gemeinden Mundelfingen und Welfingen im oberen Wutachtal ein schweres Hagelwetter mit wolkenbruchartigem Regen nieder.

Eberbach, 17. Mai. (Begnadigung.) Im Zusammenhang mit der Begnadigung der bei dem Ueberfall auf den Deutsch-Amerikaner Bergdoll vom August vorigen Jahres Beteiligten hat nunmehr die Amerikanische Regierung den deutschen Jahntechniker Friedrich Wilhelm Bischoff, der während des Weltkrieges wegen feindlichen Handlungen gegen die Vereinigten Staaten von Amerika zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, begnadigt.

Schweinemarkt. Bruchsal, 17. Mai. Angefahren wurden 178 Milchschweine und 19 Käufer. Verkauft wurden 135 Milchschweine und 14 Käufer.

Der rechte Schühelke für jeden Kaffeetrinker ist ganz gewiß der alte freundliche Kaffee-Dinkel. Er ist das Kenn- und Schutzzeichen für die echte Kaffee-Essenz in den Silberpaketen und weißen Blechdosen.

Neueste amtliche Kurse vom 16. Mai 1924 mitgeteilt von der Vereinsbank, e. G. m. b. H. Sinsheim.

Table with columns for 'Anleihen', 'Bankaktien', 'Bergwerks-Aktien', 'Aktien industr. Unternehmen', and 'Devisen'. Lists various financial instruments and their current market values.

Advertisement for 'Stempel und Klichees' (Stamps and Clippings) by G. Becker & Co. Buchdruckerei, Sinsheim, featuring a small illustration of a building.

Advertisement for 'Güterverpachtung' (Goods Leasing) and 'Weinbersteigerung' (Wine Auction) at Heilbronn, including details about the auction schedule and items.

Advertisement for 'Rheinische Handelsbank A.-G.' (Rhine Trade Bank) with branch office in Sinsheim, listing contact information and services.

Large advertisement for 'Solbad Rappennau' (Solbad Rappennau) announcing its opening from May 1st to the end of October.

Advertisement for 'Hühneraugen' (Corn) treatment using 'Kukirol' medicine, provided by Drogerie A. Engel.

Large advertisement for 'KOSTENLOSE REISE NACH AMERIKA' (Free Trip to America) featuring an illustration of a ship and details about the travel agency.

Advertisement for agricultural machinery and services, listing various machines like 'Dreschmaschinen', 'Getreidemäher', and 'Grasmäher'.

Advertisement for 'Messe Heidelberg' (Heidelberg Fair) and 'Bäcker' (Baker) services, including contact information for Jakob Treiber.

Advertisement for 'Mailänder Websteine' (Mailänder Websteine) and 'Druckarbeiten' (Printing) by G. Becker & Co. Buchdruckerei.